

Wachtberger Erklärung

Familien fördern – Wachstumsregion bleiben – Sicherheit erhöhen

Unsere Städte und Gemeinden bilden eine beliebte Wohn- und Arbeitsregion. Das muss so bleiben!

Familienpolitik ist eine zentrale Aufgabe der Politik auf allen Ebenen.

Wir wollen zu einer Gesellschaft beitragen, die die Entscheidung für die Familie erleichtert, die Familie unterstützt und die Generationen partnerschaftlich verbindet.

Unser Ziel ist, das vorhandene gute Betreuungsangebot für Kinder weiter bedarfsgerecht auszubauen und dabei – vor dem Hintergrund der PISA-Ergebnisse – eine qualifizierte Förderung sicherzustellen. Dazu gehören auch ein ausreichendes Angebot an Tagesmutter- bzw. Krippenplätzen für Kleinkinder.

Mit der Einführung der Offenen Ganztagschule streicht die Landesregierung die Zuschüsse für die Horte und zerschlägt die wichtige Arbeit dieser Einrichtungen. Wir fordern das Land auf, die finanzielle Förderung der Hortplätze nicht – wie geplant – einzustellen.

Wir setzen uns für ein bedarfsorientiertes Angebot von echten Ganztagschulen mit einer qualifizierten Bildungsarbeit ein.

Wir wollen die vielfältigen Angebote der Jugendarbeit ebenso wie die kulturellen Bildungseinrichtungen (Büchereien, Musikschulen) erhalten und weiter fördern. Hier ist jedoch auch das Land NRW in der Pflicht. Wir fordern das Land auf, die Kürzungen im Bereich der offenen Jugendarbeit (allein im Jahr 2004 25 ! Prozent) zurückzunehmen.

Starke Städte und Gemeinden: leistungsfähig und eigenverantwortlich.

Seit Jahren werden den Kommunen von Land und Bund immer mehr Aufgaben übertragen, ohne dass die Finanzierung sichergestellt wird. Gleichzeitig wird der Verwaltungsaufwand durch gesetzliche Vorgaben und Verordnungen laufend erhöht. Wir fordern eine Abkehr von staatlich verordneter Bürokratie und eine wirkliche Stärkung kommunaler Eigeninitiative.

Wir fordern, dass in Zukunft Aufgaben nur bei vollständiger Erstattung der durch sie verursachten Ausgaben auf die Kommunen übertragen werden dürfen. (Wer bestellt,

bezahlt.) Nachdem dies in der Landesverfassung verankert ist, muss auch das Grundgesetz entsprechend geändert werden.

Wir beklagen, dass die von der Bundesregierung seit langem proklamierte Gemeindefinanzreform bloße Ankündigung geblieben ist.

Wachstumsregion bleiben – Mittelstand stärken.

In unseren Städten und Gemeinden sind neue Gewerbegebiete entstanden, zahlreiche Unternehmen haben sich hier angesiedelt. Der Autobahnanschluss Bornheim-Hersel ist unter verkehrlichen wie wirtschaftlichen Aspekten ein wichtiger Erfolg gemeinsamer Bemühungen. Genauso notwendig wäre die Realisierung der Siebengebirgsentlastung. Die rot-grüne Blockadeentscheidung ist ein schwerer Schlag für die vom Verkehrslärm betroffenen Bürgerinnen und Bürger und schadet der wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Region.

In den vergangenen Jahren war die Bewältigung der Folgen des Berlin-Umzuges ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Hier können wir bislang eine positive Bilanz ziehen. Dem hartnäckigen Widerstand der Bürgerinnen und Bürger ist es zu verdanken, dass Bundesinnenminister Schily von seinen schlimmen Plänen Abstand genommen hat, das Bundeskriminalamt von Meckenheim nach Berlin zu verlegen.

Sicherheit hat Vorrang.

Nur eine flächendeckende Polizeipräsenz kann die notwendige Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Eine Schließung weiterer Polizeistandorte, wie sie derzeit in Bad Honnef und Königswinter droht, würde zu einer Verschlechterung der Polizeipräsenz vor Ort führen und ist nicht akzeptabel. Die Kreispolizeibehörden, die orts- und damit bürgernah arbeiten, müssen erhalten bleiben. Das Land NRW ist in der Pflicht, trotz knapper Kassen genügend Polizeibeamte und Justizvollzugsbeamte einzustellen, um den wachsenden Anforderungen an die Polizei und der Sicherheitslage gerecht zu werden.

Wachtberg, 17. September 2004

Peter Brassel
Bürgermeister Bad Honnef

Theo Hüffel
Bürgermeisterkandidat
der CDU Wachtberg

Dr. Yvonne Kempen
Bürgermeisterin Meckenheim

Eckhardt Maack
Bürgermeister Swisttal

Stefan Raetz
Bürgermeister Rheinbach

Manfred Schier
Bürgermeisterkandidat
der CDU Bornheim

Klaus Schumacher
Bürgermeister Sankt Augustin

Dr. Bärbel Steinkemper
Bürgermeisterin Alfter

Peter Wirtz
Bürgermeister Königswinter

Dr. Norbert Röttgen MdB

Frithjof Kühn
Landrat

Ilka Keller MdL

Andrea Milz MdL